

**19. Wahlperiode**

**Schriftliche Anfrage**

**der Abgeordneten Antje Kapek und Oda Hassepaß (GRÜNE)**

vom 25. November 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 4. Dezember 2025)

zum Thema:

**Wie kommt die Verwaltungsreform voran und welche Verzögerungen gibt es bei der Erarbeitung des Zuständigkeitskatalogs im Politikfeld Mobilität?**

und **Antwort** vom 19. Dezember 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 19. Dez. 2025)

Der Regierende Bürgermeister von Berlin  
Senatskanzlei

Frau Abgeordnete Antje Kapek und Frau Abgeordnete Oda Hassepaß (Grüne)  
über  
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort  
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/24541  
vom 25. November 2025  
über „Wie kommt die Verwaltungsreform voran und welche Verzögerungen gibt es bei der Erarbeitung des Zuständigkeitskatalogs im Politikfeld Mobilität?“

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. In welchem Bearbeitungsstand befindet sich der geplante Zuständigkeitskatalog im Rahmen des Landesorganisationsgesetzes für das Politikfeld Mobilität?

Zu 1: Das Politikfeld Mobilität befindet sich derzeit in der Endphase der Aufgabenerhebung. Im Anschluss findet - wie in allen Politik- und Querschnittsfeldern - eine mehrstufige Qualitätssicherung statt. Dabei durchlaufen die Aufgaben des Politikfeldes Mobilität, die in die Rechtsverordnung für den Zuständigkeitskatalog aufgenommen werden sollen, auch noch einmal eine bezirkliche Qualitätssicherung.

2. Bis wann wird ein Entwurf des Zuständigkeitskatalogs für den Bereich Mobilität öffentlich bekannt gemacht?

Zu 2.: Der Zuständigkeitskatalog wird als Rechtsverordnung in Kraft treten. Ein Datum für die Veröffentlichung steht noch nicht fest. Ein entsprechender Senatsbeschluss wird für das 2. Quartal 2026 angestrebt.

3. In welcher Form werden bei der Erarbeitung des Zuständigkeitskatalogs für den Bereich Mobilität die Bezirke eingebunden und wie ist der Zeitplan für den Prozess der Bezirksbeteiligung? Bis wann sollen die Stellungnahmen der Bezirke in den Entwurf eingearbeitet werden?

Zu 3.: Die Einbindung der Bezirke im Politikfeld Mobilität fand bereits in der Phase der Erhebung der Aufgaben statt. Das Projekt der Aufgabenneuordnung sieht die Erhebung von Verwaltungsaufgaben in allen Politik- und Querschnittsfeldern im Rahmen von Projektteams vor, in denen standardmäßig immer auch Bezirksvertreterinnen und -vertreter der Arbeitsebene beteiligt sind. Darüber hinaus findet nach der Erhebung der Aufgaben eine sogenannte bezirkliche Qualitätssicherung statt, die im Politikfeld Mobilität voraussichtlich ab Ende Dezember 2025 bzw. im Januar 2026 durchgeführt werden soll. Eine Einarbeitung findet unmittelbar im Anschluss an die Rückmeldung aus den Bezirken statt. Die Dauer ist abhängig vom Umfang der gemachten Rückmeldungen. Nach Abschluss der Qualitätssicherung findet entsprechend der Gemeinsamen Geschäftsordnung für die Berliner Verwaltung (GGO II) zudem die reguläre Befassung der Rechtsverordnung im Rat der Bürgermeister statt.

4. Welche Themenkomplexe aus dem Bereich Mobilität werden bei der Erarbeitung des Zuständigkeitskatalogs bearbeitet und welche Festlegungen sind dabei bereits getroffen wurden?

Zu 4.: Als Themenkomplexe im Politikfeld Mobilität wurden bei der Erarbeitung des Zuständigkeitskataloges folgende Handlungsfelder festgelegt: Grundsätze der Mobilität, Straßenverkehr, Luftverkehr, Schienenverkehr, Wasserverkehr und ÖPNV.

5. Welche grundsätzlichen Zielstellungen verfolgt die Senatsverwaltung für Mobilität und Verkehr mit der Erarbeitung des Zuständigkeitskatalogs für den Bereich Mobilität?

Zu 5.: Die Zusammenarbeit zwischen der Hauptverwaltung, den Bezirken und nachgeordneten Behörden soll bei der Vielzahl an Aufgaben aus dem Mobilitätsbereich gestärkt werden. Hierzu leistet in einem ersten Schritt die Erarbeitung des neuen Zuständigkeitskataloges mit der entsprechenden Aufgabenerfassung einen wesentlichen Beitrag.

Berlin, den 19.12.2025

Der Regierende Bürgermeister von Berlin  
In Vertretung

Martina Klement  
Staatssekretärin für Digitalisierung  
und Verwaltungsmodernisierung / CDO